



WWZnewsletter 01'2014

Aktuelle Informationen aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel

1. Ph.D. Program in Applied Economics
2. Notizen aus der Forschung des wissenschaftlichen Nachwuchhs
3. «Was der Bauer nicht kennt ... »
Ein Kommentar zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2014
4. Veranstaltungen
5. «The Future of Europe»
Vortrag von Prof. Joseph E. Stiglitz: Eine Retrospektive
6. Publikationen

1. Ph.D. Program in Applied Economics

Mit grosser Freude konnte am 14.02.2014 der *Call for Applications* für das frisch lancierte strukturierte Doktoratsprogramm an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in die Welt gesandt werden.

Ziel und Ausrichtung des Ph.D. Programms wurden für das internationale Publikum wie folgt umrissen:

The Ph.D. program in Applied Economics at the University of Basel enrolls 8-10 students each year and aims to support promising young economists on their way to an academic career. The program, combining the Swiss Gerzensee program ("Swiss Program for Beginning Doctoral Students in Economics at the Study Center Gerzensee") with our own high-level courses on research methods and advanced topics in applied economics, brings Ph.D. students into close contact with internationally renowned researchers both from our faculty and from other institutions. Students are expected to devote themselves full-time to the program.

The Ph.D. program offers a stimulating intellectual environment and a wide range of possible research topics, ranging from economic theory to applied econometrics. The close attachment between participating faculty and graduate students fosters close research collaboration. Students are also invited to use the weekly economics lunch as a platform to present work in progress research and to discuss research ideas with other doctoral students and faculty.

The program requirements include in the first three terms courses on advanced theories and research methods as well as specialized courses both at our faculty and of the Gerzensee program. Students are also required to prepare an extended research proposal in their first two terms and are expected to participate at the weekly "Economics Lunch" as well as the "Faculty Research Seminar".

Alle Informationen zum Aufbau des Programms, zur Zulassung und den nötigen Bewerbungsunterlagen finden Sie unter <https://wwz.unibas.ch/studium/> → Doktorat → PhD in Applied Economics



2. Notizen aus der Forschung des wissenschaftlichen Nachwuchs

Mit einer Richtlinie zur Gestaltung der Doktoratsstufe wurde 2009 an der Universität Basel die sogenannte Doktoratsvereinbarung eingeführt. Sie dient den Promovierenden und den Betreuungspersonen respektive dem Ph.D. Committee dazu, Ablauf, Ziele, Rahmenbedingungen und die Dauer des Doktorats festzuhalten. Seit Implementierung der neuen Promotionsordnung Anfang 2011 ist die Doktoratsvereinbarung auch fixer Bestandteil für die Doktorandinnen und Doktoranden der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Ein positiver Nebeneffekt für die administrative Verwaltung der Doktorierenden: schon in einem relativ frühen Stadium wird die Forschung der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sichtbar, da die Themen von Beginn an aufgeführt und während der Promotion laufend ergänzt werden. Wie vielseitig die Doktorandinnen und Doktoranden der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät fachlich ausgerichtet sind, möchten wir Ihnen an dieser Stelle exemplarisch zeigen.

Laufende Dissertationsprojekte

«Climate change, carbon emissions and carbon markets.» **Giulia Felber**

«Currencies as Value Drivers in Enterprises.»
Thomas Birrer

«Politökonomische Perspektive persönlicher Eigenschaften von Politikern, wie beispielsweise ihrem beruflichen Hintergrund.» **Ulrich Matter**

«Webbasierte soziale Netzwerke.»
Verena Schoenmüller

«Market Microstructure.» **Anja Frommherz**

«Arbeitsplatz und Mitarbeitergesundheit.» **Kira Pauka**

«Multiple choice in transportation mode: what drives new mobility services?» **Lennart Blech**

«Computational Methods applied to Macro-economic Research.» **Alessandro Torti**

«Markenglück.» **Stefanie Schnebelen**

«Unternehmensinterne Leistungsmessung und Anreizsetzung.» **Flokarta Dzambazoska**

«Relationship Banking und Fragestellungen des Empirical Bankings.» **Raeto von Sprecher**

«Politische Ökonomie und Steuern.» **Marcus Roller**

Laufende Dissertationsprojekte - Heute im Fokus:

«Krankenversicherung auf Community-Ebene: Eine wirksame Massnahme auch gegen Kinderarbeit?»¹ Eine empirische Analyse aus Ruanda» von Renate Strobl.

Risiko ist ein zentraler Faktor für Haushalte in Entwicklungsländern. Meist selbständig im informellen oder landwirtschaftlichen Sektor tätig, sind sie besonders von ungünstigen Ereignissen wie Dürren, Krankheit oder Wirtschaftskrisen betroffen. Formelle Versicherungsmärkte sind in diesen Ländern oftmals sehr begrenzt, wodurch die Menschen gezwungen sind, auf informelle Strategien zurückzugreifen, um ihren Konsum gegen Schocks und den damit verbundenen negativen finanziellen Folgen wie Einkommensverluste und hohe Gesundheitsausgaben abzusichern. Eine gängige Form einer solchen Selbstversicherung ist, die eigenen Kinder aus der Schule zu nehmen und ihr Arbeitsangebot zu erhöhen. Um das familiäre Einkommen zu sichern, werden sie in Lohnarbeit beschäftigt oder substituieren Familienmitglieder in der Haushaltsproduktion. Dies kann sowohl *ex post* als Antwort auf einen Schock geschehen oder auch *ex ante*, um einen möglichen Schock in der Zukunft abzufedern. Die negativen Folgen der Kinderbeschäftigung auf die Schulbildung, Gesundheit und zukünftige Bildungsrenditen machen diese Art des Risikomanagements besonders teuer.

Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, ob die Versorgung der Haushalte mit formaler Krankenversicherung dazu beitragen kann, diese unerwünschte Risikobewältigungsstrategie zu vermeiden. Die Studie fokussiert dabei auf die Wirkung von Krankenversicherung auf Community-Level, den sogenannten *Mutuelles*, in Ruanda. Als eines der ersten subsaharischen Länder erreichte Ruanda innerhalb von 10 Jahren eine beinahe universelle Versicherungsdeckung für seine Bevölkerung: Nach ersten Pilotprogrammen in 1999/2000 und mit gezielter Förderung durch die ruandische Regierung und externen Geldgebern waren in 2005 40 % und in 2010 sogar 91 % der Einwohner Mitglied einer *Mutuelle*. Gleichzeitig ist Kinderarbeit ein relevantes Thema in Ruanda, wo 11 % der 5- bis 17-jährigen Kinder in ökonomische Aktivitäten involviert sind und 83 % unbezahlte Hausarbeit verrichten.

Als Grundlage der empirischen Evaluation diente dabei eine national repräsentative Erhebung über ca. 7.000 Haushalte aus dem Jahr 2005/2006. Es zeigt sich, dass Kinder aus krankenversicherten Haushalten verglichen mit Kindern aus nicht krankenversicherten Familien sowohl weniger arbeiten als auch eine höhere Schulbildung aufweisen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass politische Interventionen, die die Risikoexposition von Haushalten verringern, zusätzliche Vorteile in Form von geringerer Kinderarbeit und höherem Bildungsniveau haben. Ausserdem könnte die Versorgung mit Versicherung eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zu expliziten Massnahmen gegen Kinderarbeit, wie z.B. gesetzliche Verbote oder Schulpflicht, sein. Denn dadurch könnte das Ziel, Kinderarbeit zu eliminieren, gefördert werden ohne die Fähigkeit der armen Haushalte zu gefährden, Einkommensrisiko zu bewältigen.



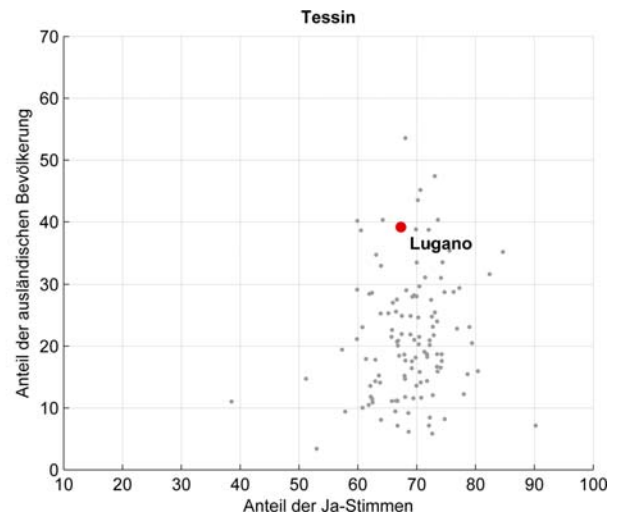
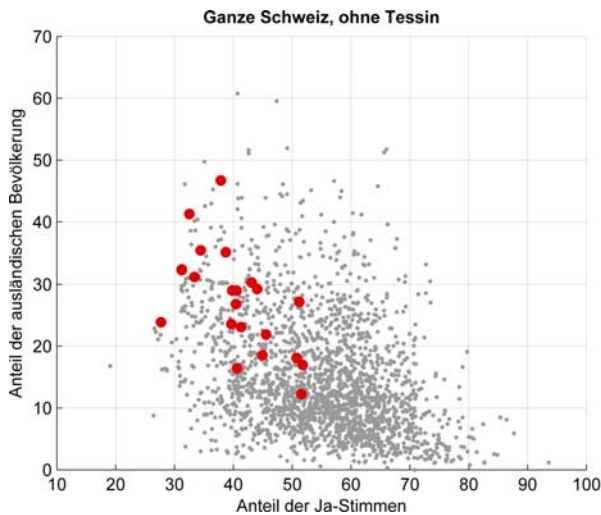
Renate Strobl ist Doktorandin in der Abteilung Health Economics².

¹ Basierend auf „Community-Based Health Insurance in Rwanda: An Effective Measure Against Child Labour?“ Corresponding author Renate Strobl. E-Mail address: renate.strobl@unibas.ch

² <https://www.unibas.ch/abteilungen/home/abteilung/ecohealth/>

3. «Was der Bauer nicht kennt ...»): Ein Kommentar aus dem WWZ zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

Am 9. Februar 2014 stimmten die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" ab. Prof. Dr. Yvan Lengwiler, Professor für Finanzmarkttheorie und aktuell Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät untersucht einen möglichen Beweggrund für das Abstimmungsergebnis.



[Was der Bauer nicht kennt...](#) von Yvan Lengwiler 14.02.2014

Der 9. Februar 2014 wird unser Land einige Zeit beschäftigen. Der bilaterale Weg scheint mächtig lädiert. Verschiedene Interpretationen des Ergebnisses bieten sich an. Ist es Ausdruck einer ernsthaften Angst vor Überfremdung und Identitätsverlust? Oder sind es abgeleitete Schwierigkeiten, wie erhöhte Wohnkosten und mehr Wettbewerb im Arbeitsmarkt, die den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Abschottung schmackhaft erscheinen lässt? War es bei manchem einfach der deutsche Chef, der sie zu einer Trotzreaktion verleitete? Oder hat vielleicht die kürzliche Verlautbarung der ehemaligen Bundesrätin Calmy-Rey, ein EU-Beitritt sei vernünftiger, manchen gewohnheitsmässigen Nichtwähler aufgeschreckt und zur Urne getrieben?

Die Politologen werden sich diesen Fragen mit grosser Intensität annehmen. Eine einfache Grafik lässt vermuten, dass einer der Gründe ganz einfach ist: Unwissenheit.

Jeder Punkt auf der Abbildung repräsentiert eine Gemeinde. Die vertikale Achse zeigt den Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung der Gemeinden.³ Die horizontale Achse zeigt den Anteil der Ja-Stimmen zur Masseneinwanderungsinitiative.

Die grossen, farbigen Punkte sind Gemeinden, in denen mindestens 10'000 gültige Stimmen abgegeben wurden, die kleinen Punkte repräsentieren Gemeinden, in denen mindestens 100 gültige Stimmen abgegeben wurden. Bei den ganz kleinen Gemeinden schwanken die Ergebnisse zu stark, so dass der Zusammenhang undeutlich wird.

Die linke Abbildung zeigt zunächst, dass es eine Spaltung zwischen Städten und Landgemeinden gibt. Die kleinen Gemeinden haben die Initiative mit deutlicher Mehrheit angenommen, die grossen haben sie mehrheitlich abgelehnt.

³ Daten: Bundesamt für Statistik. Angaben zur Wohnbevölkerung und zum Ausländeranteil: 2012 (letztes Jahr, das in der Statistik zur Verfügung steht.)


Bei genauerer Betrachtung zeigt die Abbildung zudem, dass besonders diejenigen Gemeinden der Initiative zugestimmt haben, in denen besonders wenige Ausländer und Ausländerinnen zu Hause sind. Umgekehrt haben diejenigen Gemeinden, die viel Kontakt mit Ausländern haben, die Initiative mehrheitlich abgelehnt.

Im Tessin ist das allerdings anders. Die Einwohner dieses Kantons haben die Masseneinwanderungsinitiative sehr deutlich, und unabhängig vom Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung, angenommen. Im Tessin sind die Probleme mit der ausländischen Bevölkerung offenbar real. Im Rest der Schweiz sind sie wohl eher eingebildet.

Yvan Lengwiler befasst sich in seiner Forschung vorrangig mit Fragen der Geldpolitik, mit dem Zusammenhang zwischen Finanzmarktpreisen und mikroökonomischen Fundamentaldaten, sowie mit dem Design von Mechanismen, insbesondere von Auktionen. Prof. Lengwiler ist Vizepräsident der Anlagekommission der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) und seit 2012 Mitglied des Verwaltungsrates der Schweizerischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).



4. Veranstaltungen

Fr, 04. April 2014, 17:00 Uhr	<p>Diplomfeier</p> <p>Ort: Aula, Kollegiengebäudes, Petersplatz 1, 4051 Basel</p>
08. – 10. April 2014	<p>AIESEC Career Days 2014</p>  <p>Ort: WWZ - Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Peter Merian-Weg 6, 4052 Basel und Kollegiengebäude Petersplatz 1, 4051 Basel</p> <p>Weitere Informationen unter http://www.careerdays.ch/aiesec/</p>
Mi, 23. April 2014, 18:15 Uhr	<p>«Arbeitslos - was tun? Herausforderungen an die moderne Arbeitsmarktpolitik» Antrittsvorlesung Prof. Dr. Conny Wunsch</p> <p>Ort: WWZ Auditorium, Erdgeschoss, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Peter Merian-Weg 6, 4052 Basel</p>

5. «The Future of Europe» Vortrag von Prof. Joseph E. Stiglitz Eine Retrospektive von Dr. Brigitte Guggisberg

Auf Einladung des UBS International Center of Economics in Society der Universität Zürich und der Universität Basel sprach Nobelpreisträger Prof. Joseph E. Stiglitz an 27. Januar 2014 im vollbesetzten Stadtcasino in Basel über die Zukunft Europas.

Gleich zu Beginn brachte Professor Stiglitz seine Sympathie für das Projekt der Europäischen Integration zum Ausdruck. Insbesondere die Wohlfahrtssysteme der europäischen Staaten, die Stiglitz in seinem Referat immer wieder mit den US amerikanischen Verhältnissen kontrastierte, beurteilte er äusserst positiv. Langfristig, so Stiglitz, sei diese typisch europäische Errungenschaft am wirtschaftlichen Erfolg eines Staates massgeblich beteiligt. Allerdings, räumte Stiglitz ein, habe die Europäische Union mit der gemeinsamen Währung, dem Euro einen „kleinen Fehler“ gemacht. Nicht nur sei Europa kein optimaler Währungsraum im Sinne von Mundell, es fehle auch am politischen Willen, die Währungsunion zu einem Erfolg zu führen. Der Euro habe Europa nicht vereint, sondern im Gegenteil eher gespalten.

Der Nobelpreisträger beschrieb drei mögliche Wege aus der Krise. Die aus seiner Sicht beste Lösung, er nannte sie „Europäische Solidarität“, würde die Integration um eine Bankenunion und eine Fiskalunion ergänzen. Diametral entgegengesetzt ist der zweite Weg, de facto die Auflösung der Währungsunion, wobei Stiglitz zum Erstaunen des Publikums vorschlug, nicht die Staaten Südeuropas sondern das starke Deutschland solle den Euro verlassen. Er selber hielt allerdings beide Wege für einigermaßen unwahrscheinlich. Zu seinem Leidwesen, so Stiglitz werde Europa wohl weiter dem dritten Weg folgen, den es bereits eingeschlagen hat: „*Muddling Trough*.“ Dabei werde man auch in Zukunft immer genau so viel Zuversicht verbreiten, dass die Finanzmärkte weiter funktionierten, ohne allerdings das Grundproblem der falsch konzipierten Währungsunion zu lösen.

Dem pessimistischen Unterton seiner Ausführungen zum Trotz, beantwortete Joseph Stiglitz nach seinem einstündigen Referat ausführlich und gut gelaunt die zahlreichen Fragen der rund 700 Zuhörer.



Dr. Brigitte Guggisberg ist Geschäftsleiterin des WWZ-Forums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel



6. Publikationen

Arbeitsmarktökonomie

SNIS International Geneva Award

Prof. Dr. Eva Deuchert (Universität St. Gallen) und Prof. Dr. Conny Wunsch (Universität Basel) wurden für ihr Papier „Evaluating nationwide health interventions: Malawi's insecticide-treated-net distribution programme“ mit dem mit 5.000,- CHF dotierten SNIS International Geneva Award ausgezeichnet.

Paper online unter <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/rssa.12031/pdf> abrufbar.

Center for Philanthropy Studies (CEPS)

Das CEPS hat eine **Working Paper Series** gestartet. Erster Beitrag: "Stiftungen als soziale Innovatoren" von Steffen Bethmann. Paper online unter <http://ceps.unibas.ch/publikationen/ceps-working-paper-series/>

von Schnurbein, G.: Managing social capital through value configurations, in: Nonprofit Management & Leadership, online veröffentlicht, 2014, DOI: 10.1002/nml.21096.

von Schnurbein, G.: Same same but different: managerial influences on organisational performance in foundations and associations, in: Journal of business economics, Vol. 84, Nr. 2, 2014, 251-276.

Studer, S./ von Schnurbein, G.: Integrierte Freiwilligenkoordination: Ein Leitfaden für Schweizer NPO, CEPS Forschung und Praxis Bd. 9, Basel: CEPS, 2013.

Forschungsstelle Nachhaltige Energie- und Wasserversorgung

Schmidt, Stephan und Hannes Weigt: A Review on Energy Consumption from a Socio-Economic Perspective: Reduction through Energy Efficiency and Beyond. WWZ Discussion Paper 2013/15.

Quantitative Methoden / Statistik und Ökonometrie

Hertrich, Markus und Dirk Veestraeten: Valuing Stock Options When Prices are Subject to a Lower Boundary: A Correction. Wiley Periodicals, Inc., Journal of Futures Markets, Volume 33, Issue 9, pages 889–890, September 2013.

Kleiber, Christian (2013): On moment indeterminacy of the Benini income distribution. Statistical Papers 54 (4), 1121-1130.

Jan Eeckhout, Roberto Pinheiro, and Kurt Schmidheiny, "Spatial Sorting", forthcoming *Journal of Political Economy*. <http://www.press.uchicago.edu/journals/jpe/forthcoming.html?journal=jpe>.

Wirtschaftstheorie

Ilic, Dragan: Marginally Discriminated: The Role of Outcome Tests in European Jurisdiction. European Journal of Law and Economics, 36(2), pp. 271-294 (2013).

Mollet Janick, Urs von Arx und Dragan Ilic: Strategic Sustainability and Financial Performance: Exploring Abnormal Returns. Journal of Business Economics, 83(6), pp. 577-604 (2013).

Wirtschaft und Politik

Bernholz, Peter: Ordnungspolitik heute. ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Lucius & Lucius, Stuttgart 2013, Bd. 64,465-474.

Wirtschaft und Politik

Braendle Thomas and Alois Stutzer (2013). Political Selection of Public Servants and Parliamentary Oversight. *Economics of Governance* 14(1): 45-76.

Henne, Thorsten and Alois Stutzer (2014). Aspiration Theory. In: Alex Michalos (ed.). *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer: 253-255.

Lalive, Rafael, Maha, Manai and Alois Stutzer (2014). Gender Differences in Well-being and Equal Rights. In: Alex Michalos (ed.). *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer: 2420-2424.

Zehnder, Michael: Kameraüberwachung als Präventionsinstrument im öffentlichen urbanen Raum für den Bahnhofplatz der Stadt Luzern. WWZ Discussion Paper 2014/01.

Editorial

WWZnewsletter werden von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel herausgegeben.

Redaktion: Yvonne Mery

Fotos Vortrag Joseph E. Stiglitz: UBS International Center of Economics in Society der Universität Zürich

Kontakt: Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät | Dekanat | Peter Merian-Weg 6 | Postfach | CH 4002 | Basel |

yvonne.mery@unibas.ch | <http://wwz.unibas.ch> |

